

Neue Zürcher Zeitung

Die Korruption in Bulgarien stürzt Brüssel ins Dilemma

Seit elf Jahren untersteht Bulgarien einem speziellen Rechtsstaats-Monitoring der EU. Die Korruption im Land ist keineswegs ausgemerzt, dennoch prüft Brüssel nun Alternativen zur Sonderaufsicht.

Niklaus Nuspliger, Sofia
14.2.2018, 09:00 Uhr

Das Büro von Welislaw Welitschkow befindet sich wenige hundert Meter vom Justizpalast in Sofia entfernt. Glaubt man dem Anwalt und Vorsitzenden der [Bürgerinitiative «Justiz für alle»](#), sitzt in dem monumentalen Bau des Justizpalastes der mächtigste Mann Bulgariens. «Die Magistratur funktioniert nach sowjetischem Vorbild», sagt Welitschkow. «Der Generalstaatsanwalt beaufsichtigt alle Staatsanwälte im Land und kann jeden Entscheid für nichtig erklären.» Laut dem Bürgerrechtler hat diese Machtkonzentration gravierende Folgen: Bei Korruptionsverfahren gegen Politiker oder Wirtschaftsführer würden die Anklageschriften bewusst im Schnecken-tempo oder lückenhaft ausgearbeitet, um Verfahren zu verzögern. «In Bulgarien verjähren jedes Jahr 10 000 bis 13 000 Fälle, danach stehen die Angeklagten mit reiner Weste da», sagt Welitschkow. In den letzten Jahren seien wegen Korruption nur zwei Bürgermeister verurteilt worden sowie ein einziger Parlamentsabgeordneter auf Bewährung.

Junckers Freundlichkeiten

Welitschow steht mit seiner Kritik nicht allein da. Im [Index der Organisation Transparency International zur Korruptions-Wahrnehmung](#) durch die Bevölkerung steht Bulgarien weltweit auf Rang 75 hinter allen anderen EU-Staaten. Auch eine [im Auftrag der Grünen im EU-Parlament verfasste Studie](#) stellte im Januar erhebliche Defizite bei den Gesetzen gegen Korruption und vor allem bei deren Umsetzung fest. Einen Kontrapunkt setzte Jean-Claude Juncker im Januar zum Auftakt der bulgarischen EU-Rats-Präsidentschaft in Sofia. Der Kommissionspräsident warb für einen Beitritt des Landes zur Euro-Zone und zum Schengen-Raum – was in Westeuropa gerade auch wegen ungelöster Korruptionsprobleme auf Skepsis stösst. [Doch Juncker betonte](#), Bulgarien dürfe nicht auf die Korruption reduziert werden, zumal solche Praktiken auch in anderen EU-Ländern keineswegs unbekannt seien.

KOMMENTAR

Bulgarien und der Euro – oder Junckers gefährlicher Primat der Politik

René Höltzsch, Brüssel / 13.1.2018, 08:00



Junckers Höflichkeiten widerspiegeln das Dilemma der EU. Vor elf Jahren wurden Bulgarien und Rumänien aus geopolitischen Überlegungen in die EU aufgenommen, obwohl sie die Beitrittskriterien in Sachen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht erfüllten. Darum stellte die EU Bulgarien und Rumänien unter eine spezielle Aufsicht, [den sogenannten Kooperations- und Kontroll-Mechanismus \(CVM\)](#). Für beide Länder wurden konkrete und technische Zielvorgaben von der Bekämpfung des organisierten Verbrechens bis zur Reform der Justiz etabliert. Hoffnungsvoll nahmen die EU-Beamten an, man würde die beiden Länder nach kurzer Zeit aus dem Sonderregime entlassen können.

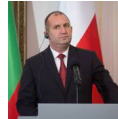
Elf Jahre später ist im Gespräch mit Insidern in Brüssel Ernüchterung zu spüren. Zwar hat der CVM durchaus zu Verbesserungen geführt. Doch der Reformprozess in Rumänien gleicht einer Achterbahnfahrt: Auf Errungenschaften wie die Stärkung der Antikorruptionsbehörde [folgen Rückschläge wie die jüngsten Gesetze, welche die Unabhängigkeit der Justiz in gravierendem Masse einschränken](#). Bulgarien gilt als weniger sprunghaft, dafür sind die Fortschritte sehr gradueller Natur. Erfolge verzeichnete Bulgarien bei der Bekämpfung mafioser Strukturen. Doch ist in Brüssel von organisatorischen Defiziten bei den Antikorruptionsbehörden die Rede sowie von einer «Kultur der politischen Einflussnahme» in der Staatsanwaltschaft. Der Reformbedarf bleibt gross, doch will die EU zwei ihrer Mitgliedstaaten auch nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag unter Sonderaufsicht halten.

Von der Triebfeder zum «Anachronismus»

[Dessislawa Achladowa](#) empfängt im bulgarischen Justizministerium; in den Korridoren hängen Aufnahmen früherer Minister aus sozialistischen Zeiten. Der CVM sei nach dem EU-Beitritt Bulgariens ein Ansporn gewesen, erklärt die Vizejustizministerin lächelnd, ja eine wahre Triebfeder für Reformen. Sie verweist auf ein neues Antikorruptionsgesetz, welches das Parlament im Januar in Überstimmung eines Vetos von Staatspräsident Rumen Radew verabschiedet hat. Radew, aber auch viele Bürgerrechtler glauben, die von dem Gesetz geschaffene Antikorruptionsbehörde sei zu stark von der Parlamentsmehrheit abhängig. Doch Achladowa betont, das Gesetz entspreche internationalen Vorgaben, es müsse sich nun aber in der Praxis bewähren. [Der letzte CVM-Bericht aus Brüssel vom November](#) besagt, dass Bulgarien keinen der sechs Benchmarks vollumfänglich erfüllt hat. Die Kritik verpackte die Kommission aber in lobende Worte – erstmals wurde mit 2019 ein mögliches End-Datum für den CVM genannt. Darauf hofft Achladowa nun. Der Kampf für die Rechtsstaatlichkeit sei wichtig, beteuert die Vizeministerin. Doch gebe es keinen Grund, Bulgarien anders zu behandeln als die übrigen EU-Staaten.

Zweifelhafte Medizin gegen Bulgariens Geschwür

Marco Kauffmann Bossart, Istanbul / 14.1.2018, 19:16



Von einem «Anachronismus» spricht auch [Vessela Tscherneva](#), Leiterin der bulgarischen Zweigstelle des Think-Tanks «European Council on Foreign Relations». Sie verweist auf die Konflikte Brüssels mit Ungarn und vor allem mit Polen, wo die nationalkonservative PiS-Regierung die Gewaltentrennung aus ideologischen Motiven aus den Angeln hebt. Zudem stelle sich die Frage, ob Korruption in Bulgarien tatsächlich viel gravierender sei als in «alten» EU-Ländern wie Griechenland oder Italien. «Die Bürger stören sich an der Verfilzung zwischen Oligarchen und Politikern und daran, dass ein «grosser Fisch» nie einen Prozess verliert», sagt Tscherneva. Die Wirkung der CVM-Berichte sei aber verpufft: «Früher sorgten die Berichte tagelang für Schlagzeilen, heute werden sie in der Politik und in der Bevölkerung kaum wahrgenommen.»

[Laut Umfragen sind die Bulgaren EU-freundlich, auch die Beibehaltung des CVM wird grossmehrheitlich unterstützt.](#) Dennoch glaubt Tscherneva, dass die Ermahnungen aus Brüssel zunehmend als Einmischung von aussen wahrgenommen werden. Ganz anders sieht das der Anwalt Welislaw Welitschkow von der Bürgerinitiative «Justiz für alle». Er wünscht sich ein viel entschlosseneres Einschreiten der EU sowie Unterstützung in seinem Kampf für die Dezentralisierung der Staatsanwaltschaft. Der CVM sei ein sehr positives Instrument für Bulgarien, aber leider nicht genügend effektiv. Zum einen fordert Welitschkow mehr Klartext und weniger «diplomatische Lügen» aus Brüssel. Zum anderen verlangt er einschneidendere Konsequenzen, wenn die Regierung in Sofia die Empfehlungen nicht befolge.

Bedingung für Geld aus EU-Töpfen?

Der CVM sah nur während dreier Jahre Sanktionen vor – seither hatten Bulgarien und Rumänien ausser Tadel tatsächlich wenig zu befürchten. Auch als Reaktion auf die Verfassungskrise in Polen [gibt es in Brüssel nun Überlegungen](#), die Vergabe von Geldern aus dem EU-Haushalt an die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards zu knüpfen. EU-Justizkommissarin Vera Jourouva wird in den nächsten Monaten einen Vorschlag dazu sowie objektive Kriterien ausarbeiten, um Faktoren wie die Unabhängigkeit der Justiz zu messen. Bürgerrechtsanwalt Welitschkow begrüsst diese Pläne sehr, weil er glaubt, dass finanzielle Sanktionen Reformdruck erzeugen. Auch Vizejustizministerin Achladowa erklärt, über solche Ideen könne man als Alternative zum CVM durchaus diskutieren, wenn alle Länder geprüft würden und Bulgarien nicht mehr speziell im Schaufenster stehe.

Leicht werden es die Pläne aber nicht haben: Dem neuen Finanzrahmen der EU müssen am Ende alle Mitgliedstaaten zustimmen. Zudem spielen bei Korruption auch Faktoren wie die politische und wirtschaftliche Kultur eine Rolle, die sich wohl nicht in messbare Kriterien giessen lassen. Die Rechtsstaatlichkeit droht für die EU zur neuen Zerreihsprobe zu werden. Dabei geht es um mehr als um Werte: Eine unabhängige Justiz ist im Binnenmarkt unabdingbar, im grenzfreien Schengen-Raum mit gemeinsamer Visapolitik ist Korruption Gift für das Vertrauen. Anwalt Welitschkow erinnert an die [beschlossene europäische Staatsanwaltschaft](#), die zur Bekämpfung von Betrug mit EU-Fördergeldern eng mit den nationalen Magistraturen verknüpft sein wird. «Der bulgarische Generalstaatsanwalt verkehrt mit Kollegen aus Russland, Kasachstan, der Türkei oder Mazedonien», sagt Welitschkow spöttisch. «Aber Treffen mit Staatsanwälten aus EU-Ländern vermeidet er.»

Bald machen EU-Staatsanwälte Jagd auf Betrüger

Zwanzig Länder schaffen eine europäische Strafverfolgungsbehörde, um Betrug und Korruption mit EU-Geldern zu bekämpfen. Bereits kursieren Pläne, die neuen EU-Staatsanwälte auch gegen Terroristen einzusetzen.

Niklaus Nuspliger, Brüssel / 5.10.2017, 12:49



Im Labor der Populisten

Statt mit dem politischen Filz aufzuräumen, schüren Bulgariens starke Männer Ängste vor dem Islam. Die kulturkämpferischen Töne kommen an.

Ivo Mijnsen, Sofia / 23.3.2017, 10:00



Newsletter International

Bleiben Sie mit unserem Newsletter auf dem Laufenden. Die internationalen News mit Analysen und Reportagen von NZZ-Korrespondenten aus aller Welt erhalten Sie Montag bis Freitag um 17 Uhr in Ihr Postfach. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.